

Nicht die Bürgerlichen sind schuld an der Stromkrise, sondern die Linken und Grünen - Stromfresser-Gesetz NEIN

oboli

Mit diesem Newsletter informieren wir Sie über das neue Stromfresser-Gesetz von Mitte-Links, das am 18. Juni zur Abstimmung kommt. Obwohl wir heute schon zu wenig Strom haben, führt dieses extreme Gesetz zu einem Verbot von Heizöl, Gas, Diesel und Benzin. Heizen und Autofahren wären nur noch elektrisch möglich. Das heisst massiv mehr Strombedarf und massiv höhere Kosten. Gemäss einer ETH-Studie steigen mit dem Stromfresser-Gesetz die Energiekosten von heute 3000 Franken auf neu 9600 Franken pro Kopf und Jahr!

Netto-Null bis 2050 ist unrealistisch

Am 18. Juni stimmen wir über das Stromfresser-Gesetz ab, welches bis 2050 Netto-Null-CO₂-Emissionen vorschreibt. Dieses Ziel sei «nicht erreichbar», sagt [Dr. Markus Blocher](#), VR-Präsident und CEO der Firma Dottikon Exclusive Synthesis AG. «Wenn wir aus der Kernenergie aussteigen wollen, und parallel dazu die Gebäudeheizung und der Verkehr auf Elektrizität umgestellt werden sollen, fehlen uns 2050 selbst bei optimistischen Annahmen jährlich zwischen 30 und 50 Terawattstunden Strom. Das sind bis zu 83 Prozent des heutigen Verbrauchs.»

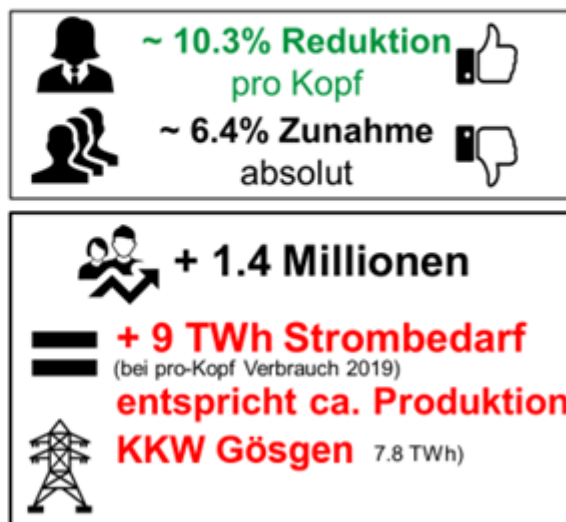
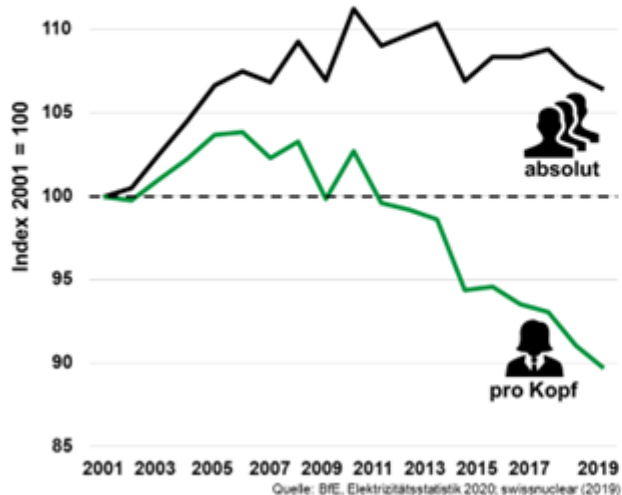
Dr. Markus Blocher hat im Rahmen der Delegiertenversammlung der SVP Schweiz ein Referat gehalten, welches Sie [hier](#) sehen können.

Nationalrat Mike Egger: Märchenstunde in der Energiepolitik wird fortgesetzt

Ein Ja zum teuren und verlogenen Stromfresser-Gesetz hätte weitreichende Konsequenzen, schreibt Nationalrat [Mike Egger](#) (SG). So müssten alle fossilen Heizungen ersetzt werden, und auch beim Strassenverkehr würden langfristig die Verbrennungsmotoren der Vergangenheit angehören. Beide Massnahmen würden den Stromverbrauch massiv erhöhen. Strom, welcher uns heute schon fehlt.

Grafik: Masslose Zuwanderung macht Sparbemühungen zunichte

Strom und Nettozuwanderung



Die Schweiz hat ihren CO₂-Ausstoss pro Kopf in den letzten 10 Jahren um rund 20 % reduziert. Doch die masslose Massenzuwanderung macht sämtliche Sparbemühungen im Handumdrehen zunichte, denn jeder Einwanderer ist ein Stromfresser. Statt endlich den Verfassungsauftrag umzusetzen, die Zuwanderung wieder selber zu steuern und somit auch den CO₂-Ausstoss zu senken, möchte Mitte-Links mit immer neuen Verboten die Menschen umerziehen.

Fake News: Nicht die Bürgerlichen sind schuld an der Stromkrise, sondern die Linken und Grünen

Linke und grüne Politiker behaupten, die Bürgerlichen seien schuld an der Stromkrise. Sie hätten den Ausbau von erneuerbaren Energien verhindert. Das ist falsch. [Tatsache](#) ist: Es sind regelmässig links-grüne Kreise, die neue Projekte verhindern. Auch die gescheiterte Energiestrategie ist auf dem Mist von Mitte-Links gewachsen, ebenso wie das teure und verlogene Stromfresser-Gesetz, das den Strommangel massiv verschärfen würde.

Das Stromfresser-Gesetz in den Medien

Das Parlament möchte unsere Alpen mit Solaranlagen zupflastern, um die von Links-Grün verursachte drohende Strommangellage in den Griff zu kriegen. Doch beim «Solarexpress», das verkürzte Verfahren für Solar-Projekte vorsieht, haben die links-grünen Träumer glatt vergessen, dass dafür auch das Übertragungsnetz ausgebaut werden muss. Wer keine links-grünes Wunschdenken will, sondern eine sichere Stromversorgung, sagt am 18. Juni Nein zum Stromfresser-Gesetz.





Solche Solarpaneele, wie sie oberhalb von Gondo geplant sind, kann man neu schneller bauen – das gilt aber nicht für die Leitungen, die es bräuchte, um den Strom zu transportieren. Visualisierung: PD

Schwerer Fehler verhindert alpine Solaranlagen

Stromautobahnen fehlen Unter Applaus schuf das Parlament ein Expressgesetz. Doch der Ausbau von Leitungen fehlt darin. Damit ist die Anbindung grosser Solarkraftwerke in den Alpen gar nicht möglich.

Mischa Aebi

Es wäre ein Meilenstein auf dem Weg zur Energiewende. Bis 2025 sollen in den Bergen viele grosse Solaranlagen entstehen und insgesamt zwei Terawattstunden Strom herstellen. Das entspricht mehr als drei Prozent der gesamten Schweizer Stromproduktion. Erzeugt würde vorwiegend kostbarer Winterstrom. Die Anlagen sollen einen entscheidenden Beitrag zur Energiewende leisten. Doch nun sagt Michael Frank, Geschäftsführer des Verbandes der Schweizerischen Stromversorger: «Wir begrüßen dieses Gesetz grundsätzlich zwar sehr, aber es hat einen groben Schönheitsfehler.» Er verhindere den Bau vieler alpiner Solaranlagen. Das Problem liegt gemäss dem Verband beim nationalen Übertragungsnetz. Beim befristeten Solarexpress-Gesetz, welches das

Parlament im Herbst im Rekordtempo durchpeitschte, ging vergessen, dass beim Bau grosser Solaranlagen in den Bergen oft gleichzeitig das Übertragungsnetz ausgebaut werden muss. Denn wenn es zu wenige grosse überregionale Hochspannungsleitungen gibt, kann der Strom nicht zu den Verbrauchern im Unterland weggeführt werden.

Der Haken: Während für die alpinen Solaranlagen bis 2025 der Naturschutz eingeschränkt und die Bewilligungsverfahren stark verkürzt wurden, muss der Ausbau der Übertragungsnetze alle üblichen Verfahren durchlaufen. Laut der nationalen Netzgesellschaft Swissgrid dauern Bewilligungsverfahren für Überlandleitungen «erfahrungsgemäss mindestens sechs, oft aber zehn bis fünfzehn Jahre». Die Folge ist, dass Solaranlagen in Gebieten mit bereits ausgelaste-

ten Übertragungsnetzen nicht, wie vom Expressgesetz verlangt, bis 2025 ans Netz gehen können. Swissgrid-Sprecher Jan Schenk sagt: «Im Kanton Wallis ist das Übertragungsnetz bereits so stark ausgelastet, dass ohne weiteren Ausbau kaum noch grössere alpine Solarkraftwerke angeschlossen werden können. In anderen Kantonen ist die Situation zum Teil ähnlich.»

Gefahr, dass Anlagen am falschen Ort geplant werden

Trotz der schlechten Aussichten haben grosse Stromversorger wie die BKW und die Axpo angekündigt, dass sie je an rund einem Dutzend Standorten den Bau solcher alpiner Solaranlagen prüfen. Doch sie stecken in einem Dilemma. Einerseits müssen sie damit rechnen, dass es wegen der langen Verfahren für die Leitungen nicht reicht, die Frist

einzuhalten. Das würde für sie bedeuten: ausser Spesen nichts gewesen. Andererseits locken gut gefüllte Honigtöpfe. Der Bund zahlt bis zu 60 Prozent der Investitionskosten an alpine Solaranlagen, die bis 2025 gebaut sind. Deshalb sind Stromversorger trotz der grossen Risiken bereit, die Planung alpiner Solaranlagen an die Hand zu nehmen.

Das im neuen Gesetz vorgegebene Ziel von zwei Terawattstunden setzt laut dem Bundesamt für Statistik den Bau von schweizweit rund 200 alpinen Anlagen voraus. Doch die Stromversorger befürchten, dass wegen zu schwacher Übertragungsnetze nur ein Bruchteil davon realisiert werden kann.

Sie warnen vor einer weiteren Gefahr. Es bestehe das Risiko, dass die Anlagen schliesslich nicht dort gebaut werden, wo sie eigentlich ökologisch am ver-

träglichsten und wirtschaftlich am sinnvollsten seien, sondern dort, wo es bereits starke Übertragungsnetze gibt.

Kann die Politik den Fehler rechtzeitig ausbügeln?

Konkret hat sich das Problem der fehlenden Übertragungsleitungen bereits in Grenchen gezeigt. In der Walliser Gemeinde war ursprünglich das grösste alpine Solarkraftwerk geplant. Obwohl es eines der ersten ist und damit zeitlichen Vorsprung hat, ist bereits jetzt klar, dass es viel kleiner wird als ursprünglich geplant. Einer der Gründe ist, dass die Zeit für die Bewilligung und den Bau grosser Übertragungsleitungen nicht reicht.

Pachleute sagen, dass es an anderen Standorten noch viel schwieriger sei, Übertragungsleitungen in nützlicher Frist zu bauen. Viele Gegenden, die an sich für

grosse Solarparks geeignet wären, scheiden wegen des Netzproblems von vornherein aus.

Das Parlament könnte das Problem lösen, indem es die Bewilligungsverfahren für Leitungen in einem weiteren Gesetz ebenfalls vereinfacht. Energiepolitiker treiben diesen Plan im Rahmen des sogenannten Beschleunigungsgesetzes bereits voran. Doch es besteht die Gefahr, dass das Gesetz zu spät kommt. Viele Politiker sind dagegen, die Verfahren bei Hochspannungsleitungen abzukürzen.

Der Walliser Mitte-Ständerat Beat Rieder, Mitinitiator des Solarexpress-Gesetzes, gibt die Hoffnung jedoch nicht auf. Er sagt: «Der Plan ist ehrgeizig. Doch ich bin zuversichtlich, dass wir die Vereinfachung von Bewilligungsverfahren zeltgerecht durchs Parlament bringen, womit die Produktion nicht blockiert würde.»



Zum Schluss: Unsere Deutschen Nachbarn sind in Sachen Öko-Wahn und Bevormundungs-Terror schon einen Schritt weiter. Und die Ampelkoalition verschärft die Situation mit einer desaströsen Umerziehungs-Politik noch weiter. [So, dass der Mittelstand Angst ums Zuhause haben muss.](#) Deshalb am 18. Juni NEIN zum Stromfresser-Gesetz, sonst haben wir hier bald Zustände wie in Deutschland!